



Vernehmlassungsvorlage Teilrevision des Postorganisationsgesetzes (POG)

Fragen

Frage 1

Die Vorlage sieht die Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots für PostFinance AG vor. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Nicht einverstanden **Bedingt einverstanden** Einverstanden

Bemerkungen:

Die Aufhebung des Kredit- und Hypothekerverbots setzt für die Grünliberalen die vollständige Privatisierung von Postfinance voraus.

Für die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen bei staatlichen Unternehmen ist eine klare Trennung von privaten Leistungen und monopolartigen Staatsaufgaben gerade beim "Gemischtwarenladen" Post sinnvoll und zielführend. Im Jahr 2017 wurde so die Staatsgarantie der Postfinance abgeschafft. Die Beteiligung des Bundes an der Postfinance bleibt aber ein Risiko für die öffentliche Hand. Faktisch hat die Postfinance weiterhin eine "implizite Staatsgarantie". Damit wurde nur ein halber Schritt vollzogen. Eine wirtschaftspolitische Begründung für eine staatliche Beteiligung an der Postfinance gibt es nicht mehr: Im Kerngeschäft bewegt sich die Postfinance auf einem freien und funktionierenden Markt mit anderen (privaten) Finanzdienstleistern.

Die Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots erweist sich damit als *Folge* der Privatisierung: Diese und alle anderen Sonderregelungen wären bei einer Privatisierung aufzuheben, damit im Wettbewerb mit anderen Banken gleich lange Spiesse bestehen (vgl. zum Ganzen 18.3161 Motion Bäumle Martin. Für einen fairen Wettbewerb unter Finanzdienstleistern. Postfinance privatisieren, Kredit- und Hypothekenverbot aufheben).

Frage 2

Die Vorlage sieht vor, dass der Bundesrat im Rahmen der strategischen Steuerung der Post (Corporate Governance) der PostFinance Vorgaben machen kann, bei der Vergabe von Krediten und Hypotheken die Klimaziele des Bundes zu berücksichtigen. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Nicht einverstanden Bedingt einverstanden **Einverstanden**

Bemerkungen:

In der Hauptsache fordern die Grünliberalen die Privatisierung der Postfinance und damit einhergehend die Aufhebung aller Sonderregelungen (vorne Frage 1). **Die Grünliberalen setzen sich im Rahmen des neuen CO2-Gesetzes und mit eigenen Vorstössen ganz grundsätzlich für nachhaltigere Finanzflüsse ein** (siehe etwa 20.3705 Motion Fischer Roland. Mehr Transparenz über die Klimaverträglichkeit des Schweizer Finanzplatzes). Diese neuen Regeln sollen für Postfinance gleich wie für jede andere Bank auch gelten.

Sollte jedoch entgegen der Forderung der Grünliberalen das Kredit- und Hypothekervergabeverbot aufgehoben werden, *ohne* dass Postfinance gleichzeitig privatisiert würde, wären aufgrund der Vorbildfunktion der bundeseigenen Unternehmen besonders ehrgeizige Klimaziele für Postfinance gerechtfertigt und nötig. Insofern begrüssen die Grünliberalen die vorgeschlagene Regelung, die jedoch **zu wenig weit** geht:

- Art. 7 Abs. 1bis VE-POG ist als Muss- und nicht als Kann-Bestimmung auszugestalten: Der Bundesrat ist zu verpflichten, im Rahmen der Eignerstrategie vorzusehen, dass ein Anteil der Kredite und Hypotheken für Projekte vergeben wird, welche die Treibhausgasemissionen vermindern.
- Weiter ist vorzusehen, dass keine Kredite und Hypotheken für klimaschädliche Projekte vergeben werden dürfen (z.B. Investitionen in fossile Energien).

Frage 3a

Der Bundesrat schlägt im Rahmen der Vernehmlassung weitere Massnahmen vor, welche nicht Gegenstand der Vorlage sind, aber in einem engen Zusammenhang mit dieser stehen.

Eine dieser Massnahmen ist die Reduktion der Beteiligung der Schweizerischen Post AG an PostFinance AG auf die gesetzlich vorgeschriebenen 50% plus 1 Aktie (Teilprivatisierung; Art. 14 Abs. 2 POG). Der Bundesrat erachtet als Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilprivatisierung die Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots (Art. 3 Abs. 3 POG). Der konkrete Zeitpunkt der Teilprivatisierung muss auf den Geschäftsgang und Marktopportunitäten abgestimmt sein und ist in enger Abstimmung zwischen dem Verwaltungsrat der Schweizerischen Post und dem Bundesrat zu bestimmen. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Nicht einverstanden Bedingt einverstanden Einverstanden

Bemerkungen:

Die Grünliberalen fordern eine **vollständige Privatisierung** von Postfinance und – als Folge davon – die Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots (vorne Frage 1). Bei einer blossen Teilprivatisierung würden im Wettbewerb mit anderen Banken **keine gleich langen Spiesse** bestehen, da diese (mit Ausnahme der Kantonalbanken) über keine implizite Staatsgarantie verfügen. Im Übrigen ist unklar, welche Art von Investoren überhaupt daran interessiert wären, in eine teilprivatisierte Postfinance zu investieren.

Bei einer (Teil-)Privatisierung ist darauf zu achten, dass die Reduktion der Beteiligung der Post nicht an einen starren Zeitplan gekoppelt ist, sondern in einem günstigen Marktumfeld stattfindet.

Frage 3b

Für den Bundesrat steht eine mehrheitliche oder vollständige Privatisierung von PostFinance AG zur Zeit nicht im Vordergrund. Ein solcher Schritt würde die Aufhebung von Art. 14 Abs. 2 POG bedingen und wäre mit den bestehenden Regelungen der Grundversorgungsaufträge der Post bzw. PostFinance insb. im Zahlungsverkehr nicht vereinbar. Die Abgabe der Kontrollmehrheit der Post an PostFinance AG ist aus Sicht des Bundesrates aber eine längerfristige Option. Welches ist Ihre Haltung hierzu?

Nicht einverstanden Bedingt einverstanden **Einverstanden**

Bemerkungen:

Die Grünliberalen fordern die **vollständige Privatisierung** von Postfinance (vorne Frage 1). Die im heutigen Grundversorgungsauftrag definierten Dienstleistungen des **Zahlungsverkehrs** rechtfertigen keine staatliche Beteiligung mehr. Es ist wichtig, dass die Grundversorgung mit solchen Dienstleistungen im ganzen Land gewährleistet ist. Alle Bevölkerungsgruppen in allen Regionen sollen in angemessener Weise Zugang zu Einzahlungen, Auszahlungen und Überweisungen haben. Falls der freie Markt das nicht sowieso gewährleistet, können aber mit ausgeschriebenen Leistungsaufträgen oder gesetzlichen Vorgaben **marktnähere Lösungen** gefunden werden. Die Grünliberalen setzen sich dafür ein, dass so bald wie möglich diskutiert und entschieden wird, ob bzw. in welchem Umfang der Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr im heutigen Umfeld noch nötig ist.

Frage 4a

Eine weitere, im Rahmen der Vernehmlassung vorgeschlagene Massnahme ist eine Kapitalisierungszusicherung der Schweizerischen Eidgenossenschaft als Eigentümerin und Gewährleisterin der Grundversorgungsaufträge an die Schweizerische Post AG mit dem Zweck, die sich abzeichnende Lücke beim Aufbau der regulatorisch vorgeschriebenen Eigenmittel (insbesondere Notfallkapital) von PostFinance AG zu schliessen. Diese Massnahme ist subsidiär zu anderen Massnahmen, in Umfang und Zeitdauer limitiert sowie marktgerecht abzugelten. Sie erlischt, sobald die Eigenmittelanforderungen auf andere Weise erfüllt sind, spätestens im Zeitpunkt der Teilprivatisierung von PostFinance AG. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Nicht einverstanden **Bedingt einverstanden** Einverstanden

Bemerkungen:

Eine Kapitalzusicherung des Bundes darf nach Meinung der Grünliberalen nur eine «**ultima ratio**» im Krisenfall sein, d.h. wenn andere Massnahmen nicht oder nicht genügend schnell greifen. **In erster Linie müssen Postfinance bzw. die Post alle geeigneten Massnahmen ergreifen.** Dazu gehört auch die Verkürzung der Bilanz von Postfinance, wenn sich die Vorgaben der Finanzaufsicht zu den nötigen Eigenmitteln nicht anders erfüllen lassen. Dass eine solche Zusicherung überhaupt in Betracht gezogen wird, zeigt in aller Deutlichkeit auf, dass Postfinance nach wie vor über eine faktische Staatsgarantie verfügt. Im erläuternden Bericht (S. 17) wird als Alternative unter anderem **verlustabsorbierendes Fremdkapital** erwähnt, jedoch vom Bundesrat kritisch beurteilt (sogenannte Bail-in-Instrumente wie «write-off bonds»). Die Grünliberalen erwarten, dass in der Botschaft die Vor- und Nachteile dieser Alternative vertiefter dargestellt werden, damit sie ernsthaft diskutiert werden kann. Bail-in-Instrumente sind schon heute ein nützliches Instrument anderer systemrelevanter Banken. Sie werden steuerlich begünstigt, um die Finanzierungskosten zu senken.

Frage 4b

Falls Sie einer Kapitalisierungszusicherung zustimmen, welche Vorgehensweise bevorzugen Sie?

Verpflichtungskredit Schaffung einer expliziten Rechtsgrundlage im POG

Bemerkungen:

Mit der Variante «Verpflichtungskredit» ist sichergestellt, dass das Parlament im Krisenfall in Kenntnis der Lage prüfen kann, ob die Voraussetzungen für eine Kapitalzusicherung erfüllt sind. Das Parlament hat nicht zuletzt in der Corona-Krise gezeigt, dass es fähig und willens ist, rasch und entschieden zu handeln.

Hintergrund:

Im Rahmen der Kapitalisierungszusicherung würde die Schweizerische Eidgenossenschaft im Falle einer drohenden Insolvenz von PostFinance auf Anordnung der FINMA der Post – zu Handen der PostFinance AG – finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Die Bereitstellung dieser Mittel kann in einer ersten Variante über einen Verpflichtungskredit erfolgen, unter dem im Krisenfall durch einen dringlichen Nachtragskredit Mittel freigegeben werden. Die entsprechende gesetzliche Grundlage ist bereits vorhanden (Art. 12 PG i.V.m. Art. 28 VPG). In einer zweiten Variante werden die finanziellen Mittel in der Form eines Darlehens an die Post über Mittel der Bundestresorerie (Tresoriedarlehen) zur Verfügung gestellt. Die entsprechende gesetzliche Grundlage fehlt und müsste noch geschaffen werden.

Frage 5

Trotz der verbesserten wirtschaftlichen Aussichten für PostFinance, die aus der Aufhebung von Art. 3 Abs. 3 POG folgen, ist die finanzielle Stabilität der Schweizerischen Post und die eigenwirtschaftliche Erbringung der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdienstleistungen langfristig nicht gesichert. Um die Zukunft der Schweizerischen Post auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen, ist nach Ansicht des Bundesrates eine vertiefte Diskussion über die Weiterentwicklung der Grundversorgung vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung notwendig. Welches ist Ihre Haltung diesbezüglich?

Nicht einverstanden Bedingt einverstanden **Einverstanden**

Bemerkungen:

Die notwendige Massnahme ist nach Ansicht der Grünliberalen klar: eine vollständige Privatisierung von Postfinance. Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs können bei Bedarf mit marktnäheren Lösungen erbracht werden (siehe Frage 3b).

Die Grünliberalen werden sich im Rahmen der Debatte engagiert für diese Ziele einsetzen.